



Landtag Aktuell

Newsletter von Gregor Golland MdL

Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
Sprecher der Abgeordneten des Mittelrheins



Ausgabe 470 vom 10.03.2023

Gendern: Sprechpause verunstaltet die deutsche Sprache

Als Mitglied im WDR-Rundfunkrat beschäftige ich mich u.a. mit dem Umgang mit unserer Sprache. Dabei ist es mir wichtig, dass sie verständlich, les- und hörbar ist. Dies wird durch Gendern nicht gewährleistet. Der so genannte „Gender-Gap“, die Sprechpause innerhalb eines Wortes, entspricht nicht der deutschen Rechtschreibung und verunstaltet unsere schöne Sprache. Wie eine Umfrage ergeben hat, ist einer Mehrheit der WDR-Zuschauer das Gendern nicht wichtig und der „Gender-Gap“ wird abgelehnt. Im Folgenden hatte Programmdirektor Jörg Schönenborn empfohlen, auf die Sprechlücke zu verzichten. In Einzelfällen könne eine Redaktion sie aber weiter nutzen, etwa bei einem Angebot in den sozialen Medien, sofern sie beim jeweiligen Publikum gebräuchlich sei. Ich halte davon nichts – für mich ist Gendern nichts anderes als zwanghafte ideologische Umerziehung im Kopf. Lesen Sie dazu auch mein Statement bei „[24RHEIN](#)“.

Wiederaufbau: Initiative des Landes für längere Fristen

Die nordrhein-westfälische Landesregierung drängt beim Bund auf eine Verlängerung der Antrags- und Bewilligungsfristen für den Wiederaufbau nach der Hochwasserkatastrophe von 2021. Dazu hat das Land eine Initiative in den Bundesrat eingebracht. Demnach soll die Antragsfrist, die eigentlich am 30. Juni 2023 enden soll, auf den 30. Juni 2026 verschoben werden, die Bewilligungsfrist auf den 31. Dezember 2030. Diese Änderung wäre wichtig, denn viele von der Flut Betroffene haben noch nicht einmal Anträge gestellt, etwa, weil Details mit der Versicherung noch immer nicht geklärt sind oder weil sie sich emotional noch nicht dazu in der Lage sehen, sich mit dem Wiederaufbau zu beschäftigen. Das Land kann aber erst mit einer Änderung auf Bundesebene seine Vorschriften ändern. Bereits Ende des vergangenen Jahres wurden Gespräche dazu mit der Bundesregierung geführt, aber bis auf eine Ankündigung ist noch nichts passiert. Daher jetzt die Initiative im Bundesrat, um die Sache voranzutreiben.

Das Land hat bereits den meisten Antragstellern helfen können. Privathaushalte und Unternehmen der Wohnungswirtschaft haben 22.788 Anträge eingereicht (Stand: 27. Februar 2023), 22.409 davon sind im Bewilligungsverfahren oder bereits bewilligt. Insgesamt befinden sich rund 662 Millionen Euro in der Auszahlung. Im Bereich des Wiederaufbaus von Infrastrukturen in den Kommunen konnten bisher 1,9 Milliarden Euro bewilligt werden. Mehr zum Thema erfahren Sie [hier](#).

Sport: Neue Zielvereinbarung mit dem LSB

Die Förderung des Sports ist ein großes Anliegen der Landesregierung, was sich u.a. in der langjährigen Partnerschaft mit dem Landessportbund NRW (LSB) zeigt. Kürzlich wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung des LSB die gemeinsame „Zielvereinbarung Sport 2023 bis 2027“ unterzeichnet. Darin finden sich zehn Schwerpunktthemen, zum Beispiel die Schaffung von Bewegungsangeboten für Kinder und Jugendliche, die nachhaltige Modernisierung von Sportstätten oder die Gewinnung und Qualifizierung von Mitarbeitern. Für alle Vorhaben stellt das Land von 2023 bis 2027 jährlich rund 47 Millionen Euro bereit. So entwickeln wir den Sport im Sportland Nr. 1 weiter, stehen den Vereinen und Verbänden auch in dieser Zeit der Krisen zur Seite und geben ihnen Planungssicherheit. Mehr zur Zielvereinbarung lesen Sie [hier](#), das Dokument selbst finden Sie [hier](#).